

zuletzt aktualisiert am: 05.11.2012

URL: <http://nachrichten.rp-online.de/regional/kanal-tuev-seniorin-droht-hausverkauf-1.3056686>

Voerde

Kanal-TÜV: Seniorin droht Hausverkauf

VON CHRISTIAN SCHWERDTFEGGER - zuletzt aktualisiert: 05.11.2012

Voerde (RP). In Voerde muss eine Rentnerin für rund 12 000 Euro die Abwasserkanäle ihres Hauses sanieren lassen. Doch das Geld dafür hat sie nicht. Wenn die Bank ihr keinen Kredit einräumt, muss sie das Haus verkaufen.

Anneliese Held wohnt seit 1962 in einem Einfamilienhaus in der Vogelsiedlung in Voerde. Jetzt muss die 86 Jahre alte Rentnerin für gut 12 000 Euro ihre Abwasserrohre reparieren lassen, nachdem bei der verpflichtenden Überprüfung der Leitungen, dem sogenannten Kanal-TÜV, Ende vergangenen Jahres kleinere Mängel festgestellt worden sind. "Undicht oder beschädigt sind die Kanäle aber nicht", sagt Held. Für die Reparaturen muss sie bei ihrer Bank einen Kredit aufnehmen. "Wenn ich in meinem Alter überhaupt noch einen bekomme", sagt sie. "Sonst ist mein Haus weg."

Hätte die 86-Jährige mit der Kontrolle ihrer Abwasserrohre ein halbes Jahr länger gewartet, müsste sie vermutlich keine Angst haben, ihr Haus zu verlieren. Nach dem neuen Plan der rot-grünen Landesregierung fällt der verpflichtende Kanal-TÜV für Hauseigentümer demnächst weg. Der umstrittene Paragraph 61 aus dem Landeswassergesetz wird gestrichen, wonach alle Hauseigentümer (noch) verpflichtet sind, die Dichtheitsprüfung bis zum 31. Dezember 2015 durchführen zu lassen. Nur noch in Wasserschutz- und Fremdwasserschwerpunktgebieten müssen laut Umweltministerium private Abwasserkanäle zukünftig überprüft werden – und beim Hausverkauf.

Auf den ersten Blick ein guter Plan, dachte Hausbesitzer Hans-Peter Bergmann. Doch dann schaute sich der Sprecher der Bürgerinitiative "Möllener Fair Play" aus Voerde die Karten der Wasserschutzgebiete in NRW genau an und stellte fest: Trotz der neuen Richtlinie müssen Hunderttausende Hausbesitzer in NRW ihre Kanäle prüfen lassen. "Allein in Voerde sind Dreiviertel der Stadtfläche als Wasserschutzgebiet ausgezeichnet", sagt Bergmann. In Köln sind es etwa 50 Prozent. In vielen anderen Städten in NRW sieht es ähnlich aus. Landesweit gibt es derzeit 418 Wasserschutzgebiete, 376 weitere sind vom Umweltministerium geplant. Zusammengerechnet ergeben die Zonen aktuell eine Fläche von 5852 Quadratkilometern, mehr als 17 Prozent der Fläche NRWs. Hinzu kommen 110 Kommunen mit sogenannten Fremdwasserschwerpunktgebieten, in denen die Überprüfung von Kanälen ebenfalls vorgeschrieben ist. Landesweit schlagen Hausbesitzer Alarm. Der neue Plan sei nichts anderes als eine große Mogelpackung, meint Bergmann. "Der Kanal-TÜV ist keineswegs vom Tisch." Unterstützung erhalten die Gegner von der Eigentümerschutz-Gemeinschaft Haus und Grund Rheinland. Verbandsdirektor Erik Uwe Amaya sagt: "Zwar entlastet die Neuregelung etliche Eigentümer, aber wer im Wasserschutzgebiet wohnt, hat davon leider nichts." Auch die Oppositionsparteien im Düsseldorfer Landtag, CDU und FDP, fordern die Landesregierung auf, die neue Richtlinie zu überarbeiten. Ihre

Forderung: Abwasserkanäle sollen nur im begründeten Verdachtsfall geprüft werden.

In der Kritik steht auch die Ermächtigung für die Kommunen, die vorsieht, dass die Städte selbst entscheiden können, ob sie außerhalb der Wasserschutzgebiete zusätzlich Kanäle prüfen lässt oder nicht. "Das führt zur Willkür und völligen Verunsicherung der Menschen", sagt ein Sprecher einer Kölner Bürgerinitiative. Hausbesitzer, die aufgrund der bisherigen Regelung bereits ihre Kanäle haben prüfen lassen, bekommen vom Land kein Geld zurückerstattet. "Das ist leider Pech. Denjenigen bleibt aber ein schwacher Trost, nämlich zu wissen, dass bei ihnen alles in Ordnung ist", heißt es aus Regierungskreisen.

Der geplanten Gesetzesänderung waren in NRW bereits monatelange, zum Teil heftige Diskussionen zwischen Politik und Hauseigentümern vorangegangen. Landesweit formierten sich mehr als 60 Bürgerinitiativen, die gegen die verpflichtende TÜV-Pflicht kämpften und die hohen Kosten beklagten, die bei Reparaturen von Kanalrohren anfallen. Nun flammen die Proteste wieder auf, weil die Eigentümer mit den neuen Plänen der Landesregierung unzufrieden sind. Doch die Erfolgsaussichten sind gering: Rot-Grün signalisierte bereits, nichts an den Plänen zu ändern. Das neue Gesetz soll Anfang kommenden Jahres im Landtag verabschiedet werden.

Anneliese Held will in den nächsten Tagen mit ihrer Bank sprechen und klären, ob sie das dringend benötigte Geld für die Sanierungen bekommt oder nicht. "Ich muss wahrscheinlich eine Hypothek aufnehmen", sagt sie. Ihre Tochter Karin, ebenfalls Rentnerin, wird ihr beim Termin beistehen. Die 58-Jährige selbst kann ihrer Mutter finanziell nicht helfen. Doch selbst wenn die Bank einwilligt, weiß die 86-Jährige nicht, wie sie den Kredit abbezahlen sollte. "Mit meiner kleinen Rente geht das nicht, die reicht ja jetzt schon kaum zum Leben aus."

Jetzt weiterlesen und die Rheinische Post testen»

© RP Online GmbH 1995 - 2010

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

Artikel drucken»